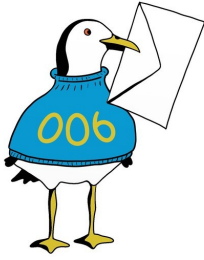


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin liebe Leserinnen und Leser,

trotz aller Erfolge der nationalen Impfkampagne schien es für viele Beobachter schleppend voranzugehen. Spätestens seit letzter Woche kann man von einem langsamen Anlauf nicht mehr sprechen: Am Mittwoch vor einer Woche wurden an einem Tag über eine Millionen Menschen in Deutschland geimpft. Und auch am vergangenen Montag waren es 424.777 Menschen, die in Deutschland mit einem Coronaimpfstoff versorgt wurden. Es gibt also ermutigende Anzeichen dafür, dass die Maßnahmen greifen und wir uns langsam auf ein Ende der Krise zubewegen – auch wenn die hohe Infektionsdynamik vielerorts immer noch zur Vorsicht mahnt. Die Funktionalität der Corona-Warn-App wurde durch eine neue Möglichkeit zum anonymen Einchecken per QR-Code weiter verbessert. Das alles zusammen ermöglicht es uns jetzt, an einer verlässlichen und belastbaren Öffnungsstrategie zu arbeiten. Und doch ist es nicht nur Corona und seine Folgen, die uns in der vergangenen Woche begleitet haben.

Ebenso ist es von existentieller Wichtigkeit, dass wir uns über die Zukunft der Europäischen Union ebenso klar werden, wie um ihre Rolle in der globalisierten Welt. Denn hier muss die Schlagkraft der EU besser werden. Zum Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas am 9. Mai 2021 wollen wir unsere nationale und unsere europäische Souveränität im Zusammenhang denken.



Die großen Herausforderungen der Gegenwart wie der Klimawandel, die Sicherung der Welternährung, die Migration oder die Digitalisierung lassen sich nur mit mehr internationaler Zusammenarbeit und demokratischer Legitimation lösen. Dafür brauchen wir einen frischen Blick für das Wesentliche – und dieser kann nur mit der Europäischen Union gewonnen werden.

Klima-, Umwelt- und Naturschutz sind die großen Themen unserer Zeit – und das zurecht! Nachhaltige Produktion, gesunde Ernährung, intakte Umwelt, saubere Energie, all das sind wichtige Ziele einer auf die Zukunft ausgerichteten Politik. Nur dürfen diese nicht auf Kosten des Erreichten gehen.



Die Union sieht Nachhaltigkeit dabei immer in ihrer ganzen thematischen Breite und technologischen Vielfalt. Konsequenter Klimaschutz muss von Anfang an mit wirtschaftlicher Stärke und sozialem Ausgleich in Einklang gebracht werden und Menschen mitnehmen. Dafür stehen wir als Volkspartei. Aus der Erhöhung des EU-Klimaziels für 2030 ergibt sich als Konsequenz auch eine Anhebung der deutschen Ziele.

Dabei setzen wir auf marktwirtschaftliche Lösungen, erneuerbare Energien und steigende private Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz. Ebenso – und das ist mir ganz besonders wichtig – darf der Klima- und Umweltschutz nicht zuungunsten unserer Bauern und Landwirte gehen! Denn diese sind es nicht nur, die uns

schlussendlich ernähren, sondern die die größte Leistung in der Bewahrung unserer Heimat und seiner Natur bieten. Hier muss sich also noch einiges tun.

Die Woche im Bundestag

Auf Humboldts Spuren inmitten Berlins

Die Brüder Alexander und Wilhelm Humboldt haben als Wissenschaftler, Staatsmänner und Philosophen weltweiten Ruhm erlangt. Kein Wunder, dass das Museum im Berliner Schloss mit dem Titel Humboldt Forum nach dem berühmten Geschwisterpaar benannt wurde. Das Humboldt Forum wurde im Dezember letzten Jahres eröffnet und beinhaltet das ehemalige Ethnologische Museum Berlin und das Museum für asiatische Kunst Berlin.



Am Montag konnte ich das Museum mit meinen Kollegen Kordula Kovac, Elisabeth Motschmann und Johannes Selle besuchen. Besonders hat mich dabei das 16 Meter lange Luf-Boot aus Polynesien beeindruckt, das vor dem Zusammenbau am Ausstellungsplatz mit einem Kran in das Gebäude gehievt wurde. Bei dem Boot handelt es sich um ein Auslegerboot, das ohne Nägel, sondern ausschließlich durch Pflanzenmaterial zusammengehalten wird. Das Boot ist das letzte Exemplar seiner Art und daher freut es mich um so mehr, dass es im Herzen unserer Hauptstadt einen würdevollen Platz gefunden hat, an dem es Menschen aus der ganzen Welt bewundern können. All das wird ab Ende Juli oder Anfang August möglich sein, wenn die Pforten des neuen Museums öffnen und Besucher Willkommen heißen wird. Sollten Sie also nach der Corona-Pandemie mal nach Berlin kommen, möchte ich Ihnen einen Besuch im Humboldt Forum empfehlen!

Hilfe für Mütter, Väter und pflegende Angehörige sicher anbieten

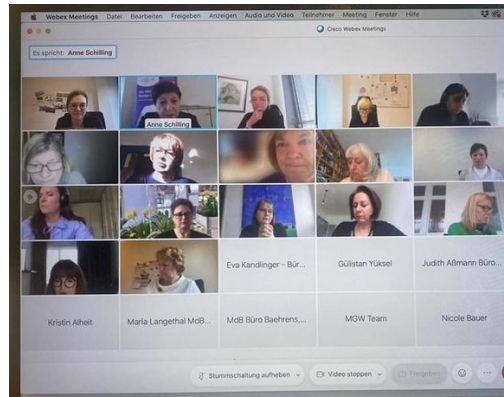
Seit nunmehr über 70 Jahre setzt sich das Müttergenesungswerk für die Gesundheit von Müttern ein. Physische aber auch psychische Leiden, die im Zusammenhang mit der Mutterschaft stehen, sollen durch Hilfemaßnahmen, wie etwa medizinische Behandlungen, Therapien und Kuren geheilt oder am besten gänzlich verhindert werden.



Seit 2017 bin ich nun Kuratoriumsmitglied des Müttergenesungswerkes und begleite seitdem dessen Arbeit. Natürlich ist die Coronakrise auch hier nicht folgenlos geblieben und so war es über Monate hinweg schwierig, eine finanzielle Sicherheit zu gewährleisten, auf deren Grundlage man arbeiten kann. Dennoch ist es uns gelungen, die Einrichtungen auch in der Pandemie finanziell stabil und die Türen für Mütter, Väter und Kinder offen zu halten – ein toller Erfolg! Am vergangenen Mittwoch haben wir Kuratoriumsmitglieder uns mit weiteren Mitgliedern des Bundestages digital zum gemeinsamen Frühstück getroffen und erörtert, wie es zukünftig weitergehen kann.

Besonders wichtig ist mir das Angebot für pflegende Angehörige, die sich unermüdlich und ausdauernd für ihre

Familien einsetzen. Das Angebot muss ausgebaut und auf einem hohen Niveau gehalten werden. Leider wird hier noch zu selten genau hingeschaut und viele der pflegenden Angehörigen wissen gar nichts von den Hilfsangeboten. Das darf nicht so bleiben und daher müssen wir uns stärker darum bemühen, dass jeder, der das Angebot annehmen könnte, davon auch weiß.



P.S.: Seit 2013 bietet das Müttergenesungswerk auch Vater-Kind-Kuren an, die sich an Väter richtet, die aufgrund beruflicher und familiärer Belastung leiden. Durch die Kuren sollen Väter zusammen mit ihren Kindern Kraft tanken und ihre Gesundheit stärken.

Die Nordsee als Powerhouse Europa?



Eines der größten Themen unserer Zeit ist die Energiewende: Die Atomenergie war von Beginn an umstritten und mit dem 2011 in Deutschland beschlossenen Atomausstieg hat sich die Frage nach neuen Energiequellen verstärkt. Dass es nicht alleine Windkraftträder sein können, die unsere Städte und Gemeinden mit Energie versorgen war auch schnell klar. Doch was dient noch als Energiequelle? Richtig, das Meer!

Um hier eine mögliche Option zu diskutieren, wurde das Thema Nordsee als Energielieferant am Donnerstagmorgen im Arbeitskreis Küste vorgestellt. Genauer ging es um den Netzbetreiber TenneT, der großangelegte Offshore-Windkraftträder mitten in der Nordsee errichtet hat. Was bedeuten diese Windkraftanlagen für die europäische Energieversorgung und -politik? Inwieweit muss das Energienetz in Deutschland ausgebaut werden? Und welchen Einfluss haben die Anlagen auf den norddeutschen Raum? Es gab vieles zu diskutieren und es wird noch einiges auf uns in Norddeutschland zukommen. Aber ich bin froh, dass wir in Deutschland auch Motoren der Innovation sind und uns nicht auf Erreichtem ausruhen!

Die Woche im Plenum

Erleichterung von Schutzmaßnahmen für Geimpfte

Ein in der vergangenen Woche wichtiges Thema war das der Erleichterung der Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Krise für Geimpfte und Genesene. Das entsprechende Gesetz lautet "Verordnung zur Regelung von Erleichterungen und Ausnahmen von Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19". Mit der Verordnung, die der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat bedarf, regeln wir Ausnahmen für Geimpfte und Genesene von zum Schutz vor COVID-19 erlassenen Geboten und Verboten.

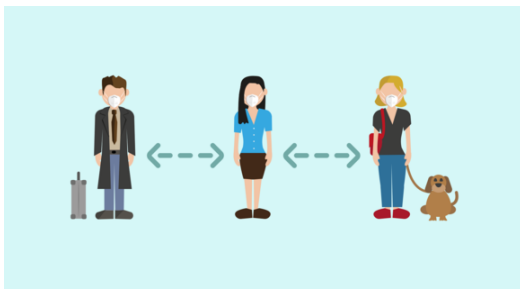
Dazu werden die für getestete Personen geltenden Regeln auf geimpfte und genesene Personen erstreckt, sodass für geimpfte und genesene Personen etwa ein negatives Testergebnis als Zugangsvoraussetzung zu Geschäften entfällt. Für geimpfte oder genesene Personen sind außerdem Erleichterungen und Ausnahmen bei der Beschränkung von



Zusammenkünften, des Aufenthalts außerhalb einer Wohnung oder von Quarantänepflichten vorgesehen.

Auch, wenn wir die Krise noch nicht ganz überwunden haben, bin ich sehr froh, dass ein Ende in Sicht ist und wir uns im Bundestag nun mit der Zeit danach beschäftigen können, anstatt immer wieder auf steigende Inzidenzzahlen und potentielle Virusmutationen reagieren zu müssen.

Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes



Damit aber die Öffnung auf den letzten Metern glimpflich verläuft und wir uns nicht wieder in eine Situation zurückbefördern, die wir hoffen überwunden zu haben, müssen wir genaue Richtlinien erlassen, die eine neue Masseninfektion verhindern. Daher haben wir vergangene Woche erneut über eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes diskutiert.

Ein zentrales Anliegen war die Einführung einer Regelung, durch die per Flugzeug nach Deutschland Einreisende bereits vor Abflug einen Coronatest durchführen müssen. Außerdem soll der Anspruch auf Versorgung bei Impfschäden für alle gegen COVID-19 geimpften Personen klargestellt werden. Die Ausbildung in Präsenz bei praktischen Ausbildungsabschnitten soll auch über einem Inzidenzwert von 165 für Hochschulen ermöglicht werden, wenn besonders ausgestattete Räumlichkeiten oder Lernumgebungen erforderlich sind. Für Aus- und Fortbildungseinrichtungen von Polizei und Rettungsdiensten werden ebenso wie für einsatzrelevante Aus- und Fortbildungen im Bereich der Feuerwehren und des Zivil- und Katastrophenschutzes spezifische Ausnahmen geschaffen.

Aufholpaket für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche haben besonders unter den coronabedingten Einschränkungen zu leiden: Keine Schule, kein regelmäßiger Sport, viele Hobbies konnten auch nicht ausgeübt werden und das Spiel mit den Freunden war nur selten und dann eingeschränkt möglich. Deshalb haben wir in dieser Woche das Corona-Aufholprogramm im Bundestag beschlossen! Das Programm beinhaltet zwei Milliarden Euro und dient dazu, die Folgen der Corona-Krise für Kinder so gut es geht abzufedern und besteht aus vier Maßnahmen.



Mit der ersten Maßnahme fördern wir den Abbau von Lernrückständen. Im Mittelpunkt stehen die Schulen, die unterstützt durch Sommercamps und Lernwerkstätten, den versäumten Lernstoff vermitteln soll. Die zweite Maßnahme betrifft den Ausbau von frühkindlicher Bildung und stellt dementsprechend die KITAs in den Fokus, die auch Elternfortbildungen zur Sprach- und Ernährungsbildung anbieten sollen.

An dritter Stelle stehen die außerschulischen Angebote und Ferienfreizeitangebote.

Die freien Sommerwochen werden dazu dienen, das Spielerische mit dem Lernen zu verbinden, um die Kinder so zum Herbst und Winter gut ausgestattet in das neue Schuljahr starten zu lassen. Und zuletzt sind es die sozialen und psychologischen Probleme, die durch die Coronakrise bei Kindern häufig unbemerkt Folgen hinterlassen haben und in Zukunft im schulischen Alltagskontext durch professionelle Hilfe aufgefangen werden sollen.



Meine Kollegen und ich sind uns bewusst, dass kein staatliches Maßnahmenpaket die verlorene Zeit wiederbringen kann. Aber ich bin mir sicher, dass wir mit dem beschlossenen Programm viele Folgen abfangen können, damit die Krise keine nachhaltigen Defizite in der Bildung unserer Kinder hinterlassen wird. Ich bin froh und freue mich sehr, dass wir hier zeigen, was politisch alles möglich ist!

Kampfmittel in Nord- und Ostsee

Nach aktuellen Schätzungen befinden sich in deutschen Gewässern der Nord- und Ostsee mindestens noch bis zu 1,63 Millionen Tonnen Munition und davon sind mindestens 300.000 Tonnen chemische Kampfstoffe. Die Gefahren durch die Munitionsaltlasten können durch geeignete Maßnahmen deutlich reduziert werden. Angesichts der großen Menge an Gefahrstoffen und der zu erwartenden Kosten ist eine sinnvolle und auf wissenschaftlichen Methoden basierenden Priorisierung unumgänglich. In diesem Zusammenhang haben wir wichtige Impulse gegeben und richten zahlreiche Forderungen an die Bundesregierung.

Die Zukunft der maritimen Wirtschaft in Deutschland

Das Meer war schon immer ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft und das wird sich wohl auch nie ändern. Damit wir aber gegen andere Seefahernationen bestehen können, müssen wir politisch aktiv werden, müssen wir fördern und fordern. Zur Lage der maritimen Wirtschaft Deutschlands hat die Bundesregierung vergangene Woche ihren siebten Bericht vorgelegt und aufgezeigt, auf welche Weise die Schifffahrt bei uns gefördert wird.



Dies erfolgt durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Standort für Unternehmen in Schiffbau, Seeschifffahrt, Hafenwirtschaft, maritimer Zulieferindustrie und der Meerestechnik unterstützen. Das Ziel muss es sein, diese Aktivitäten zu stärken sowie die Ziele einer nachhaltigen maritimen Wirtschaftspolitik national, europäisch und international voranzutreiben. Der Bericht gab uns einen Überblick über die aktuelle Lage und die von der Bundesregierung getroffenen und geplanten Maßnahmen.

Digitalisierung von Pflege und Gesundheit

Ein wichtiges Mittel bei der Modernisierung des Gesundheitssystems im Allgemeinen und der Pflege im Speziellen ist die Digitalisierung. Damit dies gelingt, müssen die bestehenden Regelungen fortlaufend an aktuelle Entwicklungen angepasst, ausgebaut und um neue Ansätze ergänzt werden. Das Gesetz schafft Anreize, die Versorgung mit digitalen



Gesundheitsanwendungen auszubauen
und auf den Pflegebereich zu erweitern.

Die Vorteile der elektronischen Patientenakte werden künftig stärker genutzt. Eine weitere Maßnahme ist das Ausweiten der digitalen Kommunikation im Gesundheitsbereich durch Schaffung eines Videokommunikations- und Messagingdienstes. Videosprechstunden werden auch für Heilmittelerbringer und Hebammen möglich und weitere Leistungserbringer werden an die Telematikinfrastruktur angeschlossen. Hierdurch wird die Kommunikation zwischen den Gesundheitseinrichtungen, aber auch mit Patienten verbessert. Das hilft einerseits im ländlichen Raum, wo häufig weite Strecken zurückzulegen sind, aber auch in den Städten, wo gerade jüngere Menschen nur noch selten einen Hausarzt haben.

Internationalen Terrorismus bekämpfen

Die aktuellen Herausforderungen insbesondere im Bereich des internationalen Terrorismus und des Rechtsterrorismus erfordern eine Anpassung der Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden. Daher haben wir heute morgen einen Gesetzentwurf beraten und diskutiert, mit dem die Aufklärung schwerer Bedrohungen für unseren demokratischen Rechtsstaat und die freiheitlich demokratische Grundordnung verbessert wird.



Hierzu werden die Regelungen zur Telekommunikationsüberwachung im Artikel 10-Gesetz (G10) um eine Regelung zur Quellen-TKÜ ergänzt. Zudem wird der personenbezogene Aufklärungsansatz geschärft, um radikalisierte Einzeltäter besser zu erkennen. Die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) wird verbessert. Darüber hinaus werden Anpassungen im Sicherheitsüberprüfungsgesetz vorgenommen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Muttertag, eine besinnliche Christi Himmelfahrt und einen tollen Vatertag!

Ihre

Melanie Lorenstein

Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? **Schreiben Sie mir!**



Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

* [Bildrechte:Pixabay.com](https://pixabay.com)

Impressum

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.